

ANTRAG

der Fraktion der AfD

Afghanische Migranten: Hilfe vor Ort statt neuer Anreizbildung

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, die Zusage der Bundesregierung, im Verlauf des Jahres ein Kontingent von 25 000 Personen aus Afghanistan aufzunehmen, ist eine weitere unreflektierte Grenzöffnung, die einer vernünftigen Migrationspolitik widerspricht. Mecklenburg-Vorpommern hat die in den vergangenen Jahren entstandenen Problemlagen nicht bewältigt. Die gesellschaftlichen Herausforderungen durch Zuwanderung in den Bereichen Arbeitsmarkt, Rechtsdurchsetzung, Kriminalität und Extremismus sind nicht gelöst, sondern werden verschleppt.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Bundesinnenministerium die pauschale Zusage einer Aufnahme von 25 000 Personen gegenüber der EU-Kommission zurückzieht und stattdessen den humanitären Charakter verstärkter Hilfe vor Ort einfordert und fördert.

Nikolaus Kramer und Fraktion

Begründung:

Ende des vergangenen Jahres hat die neue Bundesregierung gegenüber der EU-Kommission die Aufnahme von 25 000 Afghanen zugesagt. Diese deutlich überproportionale Aufnahmebereitschaft, Deutschland nimmt als einzelner Staat über 60 Prozent des Gesamtkontingents auf, erschwert den Weg zu einer möglichst solidarischen europäischen Migrationsagenda und setzt einen deutschen Sonderweg fort, der insbesondere die Beziehungen zu unseren osteuropäischen EU-Partnern verschlechtert. Eine größere Zahl von EU-Staaten - darunter das unter Beteiligung der Grünen regierte Österreich - beteiligt sich aus nachvollziehbaren Gründen überhaupt nicht an dem Kontingent.

Humanität ist Teil unserer europäischen Identität und Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz. Eine zeitgemäße Hilfe gegenüber Flüchtlingen bekämpft das menschenfeindliche Geschäft von Schleppern und orientiert sich ausschließlich an der Frage individueller Not. Das nun angekündigte Jahres-Kontingent der Bundesrepublik ist eine erneut unreflektiert auf die Aufnahmegesellschaft wirkende Grenzöffnung. Dadurch wird öffentlich ein weiterer falscher Anreiz gesetzt, nach Deutschland kommen zu können.

Afghanen, die vom UN-Flüchtlingshilfswerk versorgt und betreut werden, sind situativ nicht verfolgt. Jeder Euro, der nahe den Konfliktregionen ausgegeben wird, hilft schutzbedürftigen Personen bis zu hundert Mal effektiver und ist damit insgesamt der humanere Ansatz. Wir fordern die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, die pauschale Zusage einer Aufnahme von 25 000 Personen gegenüber der EU-Kommission zurückzuziehen und stattdessen den humanitären Charakter verstärkter Hilfe vor Ort zu fördern.